

Österreich zwischen Reformen und Stabilität: Was erwartet uns 2025?

Österreich plant umfassende Rentenreformen zur Dynamisierung des Arbeitsmarktes, einschließlich neuer Teilpensionen und Anpassungen beim Pensionsantrittsalter.



Wien, Österreich - Österreich steht vor einem tiefgreifenden Wandel im Bereich der Pensions- und Sozialpolitik. Die Koalitionsregierung, bestehend aus Schwarzen, Roten und Pinken, plant eine stufenweise Angleichung des Pensionsantrittsalters für Frauen an das der Männer. Bis 2033 sollen Frauen in Österreich das Pensionsalter von 65 Jahren erreichen. Diese Maßnahmen sind Teil eines umfassenden Reformpakets, das auch die Einführung einer neuen Teilpension beinhaltet, die als „sehr wirkungsvolle und kluge Maßnahme“ beschrieben wird. Darüber hinaus sind Anpassungen bei der Korridor pension geplant, die Altersgrenzen und Versicherungszeiten betreffen, um die Erwerbstätigkeit der

Menschen zu fördern, wie **kosmo.at** berichtete.

Die Ministerin angekündigte zudem einen Konsolidierungsbeitrag von 2,9 Milliarden Euro im Pensionsbereich bis 2031, wobei die Hälfte bis 2028 eingespart werden soll. Ein Teil der Einsparungen resultiert aus einem höheren Krankenversicherungsbeitrag für Pensionisten, jedoch sind Ausgleichsmaßnahmen wie die Anpassung von Rezeptgebühren und die Deckelung von Arzneimittelkosten vorgesehen. Der politische Druck hinsichtlich der Reformen wurde auch von der vorherigen Regierung eingeleitet, wie die Ministerin betonte.

Bundesregierung treibt Social Reforms voran

Parallel dazu hat die Bundesregierung in Deutschland bedeutende Fortschritte im Bereich Arbeit und Soziales erzielt, um den Lebensstandard der Menschen zu verbessern. Der gesetzliche Mindestlohn wurde am 1. Januar 2024 auf 12,41 Euro angehoben und wird im Januar 2025 auf 12,82 Euro steigen. Diese Änderungen sollen insbesondere den Beschäftigten im Niedriglohnsektor zugutekommen, damit sie ein auskömmliches Leben führen können. Millionen von Menschen werden von dieser Anhebung profitieren, um zu gewährleisten, dass sie im Alter entsprechend abgesichert sind, wie **bundesregierung.de** berichtete.

Zusätzlich hat die Bundesregierung die Einkommensgrenzen für Mini- und Midi-Jobs erhöht und setzt sich dafür ein, dass Arbeitnehmer in diesen Kategorien mehr Netto vom Brutto erhalten. Die Lohnuntergrenzen wurden angehoben, um den Zugang zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu erleichtern und Missbrauch durch Mehrausgaben in Minijobs zu verhindern. Diese Reformen zielen darauf ab, die soziale Absicherung und die Tarifbindung in verschiedenen Sektoren zu verbessern, um faire Löhne durch öffentliche Aufträge an tarifgebundene Unternehmen zu fördern.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.kosmo.at • www.bundesregierung.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at